

# akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 01/2011

## DIE AHV ERBT MIT

Die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz hat die Geschäftsleitung beauftragt, eine Volksinitiative für eine Eidgenössische Erbschafts- und Schenkungssteuer zugunsten der AHV vorzubereiten. Den endgültigen Entscheid über die Lancierung hat sich die Delegiertenversammlung für den 19. März 2011 vorbehalten.



Das Einfamilienhaus wird nicht tangiert, die Villa schon: Wird sie besteuert, trägt dies zur Finanzierung der AHV bei, ohne dass Lohnprozente und Mehrwertsteuer ins Unermessliche steigen.

PETER SCHÄPPI,  
MITGLIED DER GESCHÄFTSLEITUNG

Was hat die EVP als Wertepartei in der Fiskalpolitik verloren? Steuern haben sehr viel mit Gerechtigkeit zu tun. Sie sollten nicht nur gerecht auf die Steuerpflichtigen verteilt sein, sondern auch erwünschte Entwicklungen fördern und unerwünschte bremsen.

Zu den unerwünschten gesellschaftlichen Entwicklungen gehört die Konzentration des Reichtums in der Hand einiger Weniger. Eine der Ursachen dafür ist der Verzicht der meisten Kantone auf die Besteuerung des Erbanfalls der direkten Nachkommen. Diese «Kannibalisierung» der Erbschaftssteuern ist ihrerseits eine Folge des unseligen interkantonalen Steuerwettbewerbs. Wenn sich die EVP für eine Eidgenössische Erbschafts- und Schenkungssteuer stark machen will, kann sie sich für dieses Vorstossen in die Fiskalpolitik also sehr wohl auf ihr ethisches Fundament berufen.

Zweitens braucht die AHV mittelfristig neue Einkommensquellen. Viele Alternativen zur Erbschaftsteuer gibt es nicht: die EVP will weder eine Erhöhung der Lohnprozente, noch höhere Mehrwertsteuersätze noch eine Rentenkürzung. Den Inhalt ihrer Initiative hat die EVP bereits verbindlich festgelegt:

- Zweckbindung zugunsten der AHV

■ Kompensation der Kantone für ihren Verzicht auf die verbliebenen Erträge ihrer Erbschafts- und Schenkungssteuern

■ Steuerbefreiung des überlebenden Ehegatten

■ Hoher Freibetrag, damit das Einfamilienhaus im Nachlass nicht von der Steuer erfasst wird

■ Ermässigung für landwirtschaftliche und gewerbliche Familienbetriebe im Nachlass, damit die Steuer nicht zum Verkauf des Betriebes zwingt

■ Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Nachbarstaaten, insbesondere Deutschland und Frankreich.

### DV-Entscheid am 19. März

Der Wortlaut der Initiative wird gegenwärtig von einer überparteilichen Arbeitsgruppe erarbeitet. Hier wird auch über die Art der Steuererhebung entschieden. Anstelle der bisher üblichen Besteuerung der einzelnen Erbteile steht eine Nachlass-Steuer im Vordergrund: Besteuert wird der Nachlass als Ganzes, Erben und Vermächtnisnehmer erhalten ihren Anteil ungeschmälert vom Netto-Nachlass.

Ende Februar wird der Zentralvorstand zur Initiative Stellung nehmen, und am 19. März 2011 müssen die Delegierten endgültig sagen, ob die EVP die Initiative lanciert bzw. mitträgt und so aktiv in die Gestaltung der Fiskalpolitik eingreift, oder ob sie dies anderen politischen Kräften überlässt.

## KOMMENTAR

### Soziale Kälte

*Wintersession 2010. Wir beraten die IV-Revision 6a. Fast auf der ganzen Linie setzt sich ein sozialpolitisch harter, manchmal gnadenloser Kurs durch. Man ist offenbar kaum mehr zur Solidarität bereit mit Menschen, die mit Krankheit, tiefem Einkommen oder aus anderen Gründen auf der Schattenseite des Lebens stehen. Eine bittere Pille, die so gar nicht zu Weihnachten passen will! Ich bin sehr nachdenklich aus dieser Session zurückgekehrt und kann nur hoffen, dass die Umsetzung würdevoll und respektvoller sein wird als der unbekümmerte Umgang der Parlamentsmehrheit mit IV-Rentenbeziehenden und mit unscharfen Krankheitsbildern. Es sind nicht alle Scheininvalide, deren organische Krankheitsursachen nicht nachweisbar sind. So wie auch nicht alle Sozialhilfebezügler Schmarotzer und Betrüger sind. In beiden Debatten werden die Betroffenen unter Generalverdacht gestellt. Der Mangel an mitfühlender Empathie schmerzt. Zusammen mit Marianne Streiff gebe ich Gegensteuer. Nicht aus linker Gesinnung, sondern weil ich für einen anderen Umgang mit den Schwachen in unserer Gesellschaft eintreten will, einen sorgfältigeren, verständnisvolleren, der diesen Menschen eher gerecht wird. Wenn vor den Nationalratswahlen Gerechtigkeit ein wichtiger Begriff ist, dann hat er für mich hier definitiv seinen Sinn.*

Maja Ingold, Nationalrätin

## Werte statt Geld und Bundesräte!

Der 23. Oktober wird aus politischer Sicht der wichtigste Tag dieses Jahres sein. Dann werden National- und Ständerat gewählt. Verschiedene Medien haben berichtet, dass der Wahlkampf der teuerste in der Geschichte unseres Landes sein wird. Gleichzeitig signalisierten mehrere Parteien, in ihrem Wahlkampf würden ihre Bundesratsmitglieder eine zentralere Funktion als bisher ausüben. Beides ist aus staatspolitischer Sicht höchst bedauerlich. Nicht eine Unmenge an Werbegelder sollte ausschlaggebend sein. Schliesslich sollten Parteien und Kandidierende nicht wie gutriechende Seifen vermarktet werden. In der Politik sollte es um Werte und Inhalte gehen.

Als EVP haben wir keine Wahllokomotive in der Person eines Mitgliedes des Bundesrates. Bundesrätinnen und Bundesräte sollten über den Niederungen eines Wahlkampfes stehen. Wir kennen nicht wie die meisten anderen Demokratien Regierungs- und Oppositionsparteien. Die National- und Ständeräte bilden nicht in erster Linie einen Bundesratswahlverein. Das Parlament sollte sich als lösungsorientierter Gesetzgeber profilieren.



Ed Rieben

Die EVP ist eine Nichtregierungspartei. Wir unterstützen den Bundesrat dort, wo wir mit seinen Vorschlägen einverstanden sind und kritisieren ihn dann, wenn wir seiner Haltung nicht folgen können. Wir können unseren Wahlkampf nicht mit Geld und Regierungsmacht führen. Wir vertreten im Wahlkampf und in der Realität eine an biblischen Werten ausgerichtete Politik. Dafür lohnt sich zu kämpfen.

Heiner Studer,  
Präsident der EVP Schweiz

**«Seit der 5. IV-Revision zeigt sich, dass die grossen Unternehmen den Tatbeweis schuldig bleiben, dass sie freiwillig Arbeitsplätze für Leistungsbeeinträchtigte schaffen. Was haben Sie denn für Massnahmen auf Lager, um die Grossunternehmen dazu zu bewegen?»**

Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH) am 14. Dezember während der Beratung der IV-Revision 6a. Die Frage geht an Pierre Triponez, der jede Beschäftigungs-Quote strikte ablehnt und sich leider damit durchsetzt. Maja Ingold ist überzeugt, dass die Sanierung der IV nur gelingen kann, wenn die Unternehmen zur Beschäftigung Beeinträchtigter verpflichtet werden.

**«Es passt zum Zustand der Europäischen Union, dass ein Staat, in dem gerade die Demokratie abgeschafft wird, die Präsidentschaft übernehmen kann.»**

Bernhard Odehnal im Tages Anzeiger vom 21. Dezember 2010 zum schnellen Tod der Demokratie in Ungarn: Viktor Orban hat sämtliche Kontrollorgane des Staates mit seinen Günstlingen besetzt, die Überwachung der Verfassung verhindert und sie dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit verändert sowie die Medienfreiheit durch Androhung hoher Strafen für schwammig formulierte Vergehen drastisch eingeschränkt.

**«Ich befürchte, dass der Bundesrat die Gewissensprüfung durch die Hintertür wieder einführt.»**

EVP-Präsident Heiner Studer, auf dessen Motion hin die Gewissensprüfung abgeschafft worden ist, in Medienberichten nach dem Entscheid des Bundesrates, dass künftig alle Zivildienstwilligen ihren Wunsch in einem Gespräch begründen und nach vier Wochen bekräftigen müssen.

## PAROLE DER EVP

beschlossen von der DV der EVP Schweiz am 20. November 2010 in Murten für die Abstimmung vom 13. Februar 2011:

**Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» JA**

## AUS DEM INHALT

**Strategietag in Sursee: Auftakt zu den Wahlen 4**

**Ja zur Waffeninitiative:  
Weniger Unfälle, Suizide und Beziehungsdelikte 5**

**Kernenergie polarisiert:  
Die EVP nimmt in mehreren Kantonen Stellung 7**

# JUGENDLICHE IM DENKEN MÜNDIG MACHEN

**Hansruedi Mettler ist Aargauer EVP-Grossrat und Geschäftsführer des Schweizerischen Weissen Kreuzes. Er will einen sorgfältigen Sexualunterricht in der Schule.**

*Hansruedi Mettler, Du hast im Grossrat drei Vorstösse zum Lehrplan 21 und der Sexualpädagogik eingebracht. Was hat Dich dazu bewogen?*

Auslöser war der Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit an die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz, ein Kompetenzzentrum für Sexualpädagogik aufzubauen. Dessen Grundlagenpapier soll in den Lehrplan 21 einfließen. Mit meinen Vorstössen will ich bewirken, dass das Parlament regelmässig über den Stand der Arbeiten informiert wird, dass seine Mitsprache beim Lehrplan 21 gewährleistet ist und dass der Regierungsrat nicht alles unkritisch übernimmt, was von den Fachgremien vorgeschlagen und der EDK übernommen wird.

*Du kritisierst nicht die Sexualerziehung an sich.*

Nein, informierte Kinder sind ein Stück weit auch geschützte Kinder. Was aber nicht geht, ist Sexualerziehung nach dem Motto: «Probier einfach mal alles aus, solange Du den Gummi nimmst und es für beide stimmt, ist alles in Ordnung.» Sexualerziehung hat sehr viel mit Persönlichkeitsbildung zu tun, mit dem Selbstwert und der Fähigkeit, Grenzen setzen zu können. Viel wichtiger ist es deshalb, Jugendliche



Hansruedi Mettler.

in ihrem Denken mündig zu machen. Erst wenn mir bewusst ist, welche Rollenbilder ich aus den Medien übernehme oder welche Meinungen ich meinen Kollegen nachschwatze, ohne dass mein Herz und mein Kopf dahinterstehen, beginne ich, frei für mich zu entscheiden, was ich will und was ich nicht will.

*Ein erstes Grundlagenpapier der Lehrplanmacher hat für Unruhe gesorgt. Was ist daran problematisch?*

Die Frage der sexuellen Orientierung erhält ein unproportionales Übergewicht gegenüber der Frau-Mann-Beziehung, die in 95% der Fälle ja immer noch das Normale ist. Die Familie als Lebensgemeinschaft von Mann, Frau und Kindern ist das tragende Element der Gesellschaft und erhält diese. Sie darf deshalb – gerade auch aus politischer Sicht – bevorzugt behandelt werden.

*Siehst Du Beeinflussungsversuche durch die Homosexuellen-Lobby?*

Es ist eine sehr starke und politisch unantastbare Lobby, zu der man sich nicht einmal vorsichtig

kritisch äussern darf. Wir Schweizer sind stark im Minderheitenschutz, aber die Balance muss diskutiert werden dürfen.

*Vorgesehen sind weitere Lerninhalte zum Thema «Gender». Was ist darunter zu verstehen?*

Das ist genau das Problem! Der Begriff beinhaltet von der nötigen Gleichberechtigungsdiskussion bis zur «Bekämpfung des heterosexuellen Machtgefüges und der Zwei-Geschlechter-Ordnung» alles. Das Thema «Gender und Gleichstellung» soll in allen Fächern einfließen, also z.B. in Rollenspielen zu allen möglichen Formen des Zusammenlebens bereits im Kindergarten. Deshalb meine Frage an den Regierungsrat, wie er «Gender» definieren will und welche Verbindung er zum Lehrplan 21 und der Sexualerziehung sieht. Damit will ich ihn zum Nachdenken und zur Stellungnahme herausfordern.

*Wie siehst Du die Rolle der Erziehungsdirektorenkonferenz?*

Der EDK fehlt die politische Legitimation. Die Schulhoheit ist bei den Kantonen, doch wo ist die Mitsprache der kantonalen Parlamente? Beispiel HarmoS: die Tagesstrukturen wurden von der EDK zusätzlich eingebracht zum Harmonisierungsanliegen des Verfassungsartikels. Erst später hat man gemerkt, welche Kosten dies auslöst. Man musste auf einmal über Dinge entscheiden, über die man gar nie geredet hat – mit entsprechend durchzogener Erfolgsbilanz. Jeder Erziehungsdirektor, der oft kein Fach-

mann ist, kann sich auch beim Lehrplan 21 ein Stück weit hinter der EDK verstecken. Ihre Fachgremien und Verwaltung bekommen dadurch ein unglaubliches Gewicht. Doch was immer am Schluss im Lehrplan steht: Entscheidend sind gute Lehrkräfte. Sie müssen eine gesunde Ethik im Rucksack haben.

*Noch bis im Sommer bist Du Geschäftsführer des Schweiz. Weissen Kreuzes. Was kommt nachher?*

Nach 22 Jahren zieht es mich zurück in die Primarschule und meinen ursprünglichen Beruf. Ich freue mich darauf, noch einmal ganz neu anzufangen, auf die Kinder und ein fröhliches Schulzimmer.

## Arbeitsgruppe Sexualpädagogik

Eltern, Lehrkräfte und Fachpersonen aus verschiedenen Parteien und Organisationen haben sich zu einer Arbeitsgruppe zusammengeschlossen. Ihre Forderungen an den Sexualunterricht in der Schule:

- Die Erziehungsverantwortung liegt bei den Eltern. Sie dürfen ihre Kinder vom Sexualunterricht in der Schule dispensieren lassen und werden über Lehrmittel, Broschüren und externe Experten informiert.
- Jugendliche werden im Sexualunterricht nicht zu frühen sexuellen Aktivitäten ermutigt. Im Vordergrund stehen Persönlichkeitsentwicklung, Sozialkompetenz und Beziehungsfähigkeit.
- Themen wie Homosexualität und sexuelle Orientierung werden nicht übergewichtet. Niemand darf jedoch wegen seiner sexuellen Orientierung geringgeachtet werden.
- Der Sexualunterricht darf Kinder und Jugendliche nicht mit Themen überfordern, welche sie von der Reife der Persönlichkeit her weder aufnehmen noch vernünftig verarbeiten können.

Für den politischen Teil der Arbeitsgruppe liegt die Federführung bei Joel Blunier, Generalsekretär der EVP Schweiz.

## Schweizerisches Weisses Kreuz

Das Schweiz. Weisse Kreuz vereint folgende Arbeitszweige:

- **LEA Schweiz** unterstützt und begleitet Schwangere und Alleinerziehende in Not.
- **Ehevorbereitung** schult und vermittelt Berater/innen für Ehevorbereitungskurse.
- **Jugend+Sex** hilft mit Sexualaufklärung und Prävention in Schulen und der Teenager- und Jugendarbeit.

## Hansruedi Mettler, 50

verheiratet, 6 Kinder zwischen 20 und 29 Jahren  
Lehrer, Geschäftsführer des Schweiz. Weissen Kreuzes, Grossrat  
Hobbys: Lesen, Männerriege (Turnen), Wandern.



## Gottes Kraft in mir

Als Teilnehmerin der Konferenz «Lausanne III», die letzten Herbst in Kapstadt stattfand, bewegt mich bis heute die Frage:

«Woher kommt es, dass ich mich oft schäme, mich als Christin zu outen?» Weltweit gesehen geniessen wir in der Schweiz eine grosse Freiheit in der Verkündigung und im Leben der christlichen Werte. Ich stehe nicht in der Gefahr diskriminiert, gefoltert oder getötet zu werden, wenn ich mich zum christlichen Glauben bekenne. Paulus schrieb: «Denn ich schäme mich des Evangeliums nicht: Es ist eine Kraft Gottes, die jeden rettet...» (Römer 1,16).

Warum bin ich dann so oft sprachlos? Mein persönliches Fazit: Ich bin mir der Kraft Gottes in meinem Leben nicht bewusst! Der Kraft Gottes, die unser Leben verändert. In den letzten Wochen wurde ich Zeuge davon, wie diese Kraft Gottes heute in Menschen wirksam ist. Alphasuisse-Kursgäste erzählen, wie sie körperliche Heilung, Vergebung in der Familie und Menschenwürde durch Jesus erfahren. Ich habe Gott im Gebet gebeten, mir die Augen für seine in mir wirkende Kraft zu zeigen. Seither erlebe ich, wie ich täglich mehr zu danken habe. Ich sehe vermehrt, wie seine Kraft schon lange in mir wirkt. Diese neu-gefundene Gewissheit, ermutigt mich konkreter für sein ganzheitliches Eingreifen zu beten. Heute lese ich den obigen Vers von Paulus «rückwärts» – von der rettenden Kraft Gottes aus, und es kommt mir kaum mehr in den Sinn mich des Evangeliums zu schämen!

Rachel Stoessel,  
Leiterin Alphasuisse Schweiz

# MIT VEREINTEN KRÄFTEN ZU 5 SITZEN

Mit dem Strategietag vom 4. Dezember in Sursee ist die EVP ins Wahljahr 2011 gestartet. Einzelne Kampagnenelemente stehen jetzt schon fest. Als visuelles Erkennungsmerkmal dient der Guggel der EVP: wach und aufmerksam steht er für Gerechtigkeit ein.

JOEL BLUNIER,  
GENERALSEKRETÄR EVP SCHWEIZ

Mit dem Strategietag vom 4. Dezember in Sursee ist die EVP ins Wahljahr 2011 gestartet. Mit vereinten Kräften will die EVP christlichen Werten in der Politik mehr Gewicht verleihen und dem Wahlziel der 5 Sitze und einer eigenen Fraktion näher kommen!

Wie schon vor vier Jahren hat die EVP in einem **Kampagnenhandbuch** Ziele, Strategie und Hilfsmittel vereint. Eine erste Fassung wurde in Sursee vorgestellt. Das Papier ist vertraulich und kann beim Generalsekretariat in elektronischer Form bezogen werden.

Das grösste **Wählerpotenzial** ortet die EVP darin bei jener Hälfte der Wählerschaft, welche jeweils gar nicht an den Wahlen teilnimmt. Wenn es gelingt, jene mit einem Bezug zur Kirche oder zur EVP an die Urne zu bewegen, kann die EVP zulegen. Die EVP will aber auch enttäuschten Mittewählenden anderer Parteien eine Alternative anbieten

und ihrer treuen Wählerschaft weiterhin eine politische Heimat sein.

Beschliesst die DV am 19. März definitiv die Lancierung einer Initiative, wird sie ein prägendes Wahlkampfthema. Parallel dazu werden als **Wahlplattform** fünf Kurzforderungen pointiert formuliert und im Kreditkartenformat gestaltet. Sie eignen sich zusammen mit einem Give-Away wie beispielsweise den geplanten Gummibärchen in Guggelform zur breiten Streuung bei Standaktionen. Die exakten Formulierungen sind noch in Erarbeitung.

## Der EVP-Guggel im Mittelpunkt der Kampagne

Der EVP-Guggel als Symbol der Wachsamkeit und Aufmerksamkeit soll sich als visuell markantes Element durch die ganze Wahlkampagne ziehen und so die Wiedererkennung sichern. Bei der Aktion «**Ein Fall für den Guggel**» tritt eine als Guggel verkleidete Person überraschend an Orten der Ungerechtigkeit auf und macht mit Flugblättern auf ein EVP-Anliegen aufmerksam. Selbstverständlich berichtet der

Guggel auf seinem Blog und per Pressemitteilung von seinen Erlebnissen. Weitere mögliche Kampagnenelemente sind ein aufblasbarer Guggel für Standaktionen, ein Fotowettbewerb oder Fotosujets, welche den Guggel «mittendrin» bei den Menschen zeigen (in einer Militärformation, auf dem Kinderspielplatz, in einem Grossraumbüro, ...).

Eine **Kandidierendenschulung** wird am 18. Juni in Winterthur und am 25. Juni in Bern angeboten. Ebenfalls in Bern findet am 10. September im Rahmen einer Delegiertenversammlung der **Wahlauftakt** statt. Im September 2011 verbindet ein **Wahlcamp** den Wahlkampf mit einem Gemeinschaftserlebnis. Interessierte treffen sich zu einer kostenlosen Lagerwoche, verrichten praktische Arbeiten und machen Wahlkampfeinsätze. Auch Spiele, Sport und Gemeinschaft werden ihren Platz haben.

## Persönliche Werbung

Die bewährten **Spannbänder** sowie **Aufkleber** für Privatautos werden erneut produziert. Die Kandidierenden werden zu **persönlicher Werbung** in ihrem Umfeld ermutigt, beispielsweise mit persönlich adressierten Postkarten an ihr Umfeld. Auch Kandelaber-Werbung oder Kleinplakate werden empfohlen, wobei der Aufwand nicht unterschätzt werden darf und die kantonalen Vorschriften zu beachten sind. Schliesslich wird die EVP wiederum **Testimonial-Insertate** in Mitteilungsblättern von Gemeindeverbänden und christlichen Zeitschriften schalten.

Im **Web** setzt die EVP auf ihre in den letzten vier Jahren gepflegten Sektionswebseiten sowie auf smartvote. Aber auch Facebook, Twitter & Co. werden zum Einsatz kommen.



Strategietag der EVP Schweiz am 4. Dezember 2010 in Sursee.

# SCHUTZ VOR WAFFENGEWALT!

Die Waffeninitiative will die Anzahl Waffen in der Schweiz senken und so Unfälle, Suizide und Beziehungsdelikte verhindern helfen. Die EVP unterstützt sie mit Überzeugung.

HEINER STUDER,  
PARTEIPRÄSIDENT

Die Initiative «Schutz vor Waffengewalt» will den Zugang zu Waffen in der Schweiz einschränken und so Unfälle, Suizide und Beziehungsdelikte mit tragischem Ausgang verhindern helfen. Wer künftig Waffen besitzen, tragen oder gebrauchen will, muss seinen Bedarf nachweisen und die erforderlichen Fähigkeiten mitbringen. Das Sturmgewehr soll nicht mehr zuhause, sondern im Zeughaus aufbewahrt werden. Ein nationales Waffenregister erleichtert die Prävention und Verfolgung von Verbrechen. Die Kantone führen Sammelaktionen für nicht mehr gebrauchte Waffen durch. Verantwortungsvolle Schützen, Jäger und Sammler sind von der Initiative nicht betroffen.

Die Waffeninitiative bietet keine Garantien, aber verkleinert die Risiken. Aus christlicher Verantwortung heraus ist für mich der Schutz des Lebens zentral. Jede Waffe weniger hilft diesem Grundanliegen. Denn zahlreiche Studien belegen: Je mehr Schusswaffen im Umlauf sind, desto öfter kommt es im Affekt zu Morden und Suiziden. Weniger Waffen bedeuten mehr Sicherheit, tödliche Kurzschlusshandlungen können verhindert werden.

## Weniger Waffen, weniger Suizide

Wer sich in einer akuten Krise umbringen will, für den ist der Griff zur Schusswaffe naheliegend. Viele Männer haben schliesslich den Umgang damit schon in der RS gelernt und bis zum automatischen Ablauf eingeübt. Rund ein Drittel aller Suizide von Männern erfolgt mit einer Schusswaffe, bei den Frauen sind es bloss 3,4 Prozent. Parallel zur Abnahme von Schusswaffen in der

Schweiz ging auch die Zahl der Suizide mit einer Waffe zurück. Doch noch immer töten sich nirgends so viele Menschen, indem sie sich erschliessen, wie in der Schweiz und in den USA. Dies hängt mit der leichten Verfügbarkeit und der hohen Waffendichte in diesen Ländern zusammen. Experten gehen davon aus, dass in der Schweiz mit einem erschwerten Zugang zu Schusswaffen jährlich bis zu 100 Suizide verhindert werden könnten. Es stimmt zwar, dass in anderen Ländern nach einer Verschärfung der Waffengesetze eine gewisse Verlagerung zu anderen Suizidformen stattfand. Doch viel wichtiger ist, dass die Anzahl Suizide insgesamt zurückging.

## Flexible Lösungen für die Armee

Die Gegner der Initiative sehen darin das Ende der Schweizer Milizarmee. Dem ist mitnichten so. Zugegeben, die Aufbewahrung des Sturmgewehrs im Zeughaus ist logistisch aufwändig. Doch man darf sich zu recht fragen, ob die Waffe zwingend zur persönlichen Ausrüstung gehören muss oder ob sie nicht jeweils nur für die Dauer eines WK's

gefasst werden könnte – wie zahlreiches anderes Material vom Funkgerät bis zum Panzer auch. Grund zur Besorgnis sind übrigens weniger die rund 200 000 Armeewaffen von Dienstpflichtigen, sondern die rund anderthalb Millionen Gewehre und Pistolen, welche den Soldaten beim Ausscheiden aus der Armee überlassen wurden. Sie haben keine militärische Aufgabe mehr, aber stellen nach wie vor ein Risiko dar. Damit wäre mit der Initiative Schluss.

Als Mitglied des Initiativkomitees habe ich der Delegiertenversammlung vom 20. November in Murten mit Überzeugung Zustimmung zur Waffeninitiative beantragt. Sie hat mit 83 zu 14 Stimmen eine deutliche Ja-Parole beschlossen.

## Leserbriefe

Die EVP bietet zur Waffeninitiative Vorlagen an, die für eigene Leserbriefe angepasst werden können. Wer einmalig oder auch in Zukunft Interesse an dieser Dienstleistung hat, meldet sich bei [niklaus.hari@evppev.ch](mailto:niklaus.hari@evppev.ch).



«Suche den Fehler!» – Plakatvorschlag zur Waffeninitiative von EVP-Mitglied Vincent Garin aus Genf.

## EVP IN AKTION

### Einsatz für verfolgte Christen

50 152 Unterschriften übergibt die Arbeitsgemeinschaft für Religionsfreiheit der Schweiz. Evangelischen Allianz im Dezember den Bundesbehörden. Die Petition fordert die vorbehaltlose Respektierung der Menschen- und Bürgerrechte auch in islamischen Ländern und notfalls ein entschiedenes Intervenieren der Schweiz. «Wir dürfen den Wahn der Verfolgung nicht einfach hinnehmen», betont EVP-Präsident Heiner Studer, Beauftragter der Arbeitsgemeinschaft Religionsfreiheit.

Derweil ersucht Maja Ingold (EVP, ZH) in der Fragestunde des Nationalrates den Bundesrat, sich für einen iranischen Pastor einzusetzen, der wegen «Abfall vom wahren Glauben» zum Tod verurteilt worden ist.

### Bleibt Inzestverbot?

Die EVP hat kein Verständnis für die völlig unnötigen und schlecht begründeten Pläne des Bundesrats zur Aufhebung des Inzestverbotes. Warum hier neue Schleusen öffnen, während das Sexualstrafrecht anderswo verschärft wird? Zum Schutz der Familie wie auch aus genetischen Gründen ist das Verbot nach wie vor erforderlich. Die deutlichen Worte der EVP finden in den Medien überdurchschnittliche Beachtung. Erfreulicherweise hat Bundesrätin Simonetta Sommaruga bereits durchblicken lassen, dass sie beim Inzestverbot nochmals über die Bücher will.

### Kinderbetreuung: mehr Zurückhaltung!

Die Flughöhe des zweiten Entwurfes für eine Kinderbetreuungsverordnung ist wesentlich besser, doch der Vorschlag regelt und kontrolliert noch immer sehr umfassend. Die EVP ersucht die zuständigen Stellen deshalb, nur das zu regeln, was einer Klärung auf Bundesebene auch wirklich bedarf.

First place then train

Statt Betroffene mit Förderprogrammen und Kursen wieder an den Arbeitsprozess zu gewöhnen («first train then place») plädiert Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH) mit einer Motion dafür, Betroffene direkt im 1. Arbeitsmarkt zu platzieren und gleichzeitig zu unterstützen. Dieser «first place then train»-Ansatz sei erfolgversprechender.

5. Revision ein Erfolg?

Maja Ingold ist skeptisch, ob die 6. IV-Revision jährlich 100 Millionen einsparen können durch Wiedereingliederung. Sie will deshalb vom Bundesrat wissen, auf welchen Statistiken diese Annahmen beruhen, wie viele psychisch Kranke mit der 5. IV-Revision nachhaltig reintegriert werden konnten und ob ein Anstieg von Nischenarbeitsplätzen zu verzeichnen sei.

HAPPIGE 6. IV-REVISION

Wie üblich wurde in der Wintersession das Budget behandelt. Hauptgeschäft der Session war die IV-Revision 6a.

(nh). In der Budgetdebatte will der Nationalrat zunächst 134 Millionen **Entwicklungshilfe** streichen. Nach einigem Hin und Her setzt sich der Ständerat mit der Beibehaltung durch. Die EVP will mittelfristig eine Erhöhung von heute gut 0,4 auf 0,7%. Der Ständerat hat eine erste Aufstockung der entsprechenden Rahmenkredite beschlossen.

Marianne Streiff (EVP, BE) und Maja Ingold (EVP, ZH) lehnen die **IV-Revision 6a** ab. Eingliederung kann nur gelingen, wenn die Rahmenbedingungen grosszügig sind. Doch der Nationalrat hat Beschäftigungs-Quoten abgelehnt und überall die restriktivste Lösung gewählt.

Der Nationalrat will den **CO2-Ausstoss von Neuwagen** senken. Er hat einem indirekten Gegenvorschlag zur Offroadinitiative zuge-

stimmt. Die EVP wollte zusätzlich, dass der Bundesrat im Fall eines Abweichens vom Absenkpfad die Lenkungsabgaben erhöhen kann.

Der Nationalrat will die Zulassung zum **Zivildienst** erschweren. Die EVP wehrt der Wiedereinführung der Gewissensprüfung.

Das **Hundegesetz** scheitert nach 5-jähriger Vorarbeit und einer Subkommission unter der Leitung des damaligen EVP-Rates Heiner Studer. Immerhin behalten schärfere kantonale Regeln damit ihre Gültigkeit.

Die **Beiträge an den Internationalen Währungsfonds** werden vom Ständerat bewilligt, aber im Nationalrat nicht dringlich behandelt. Je nach Entwicklung wird eine ausserordentliche Session unumgänglich.

Die EVP-Nationalrätinnen unterstützen 5 Standesinitiativen aus der

Westschweiz für eine **ökologisch und sozial verträgliche Lebensmittelproduktion**. Sie werden erfreulicherweise angenommen.

Für die **Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus** stehen bis 2015 für Bürgschaften 1,4 Milliarden Franken zur Verfügung.

Kein Einheitssatz bei der **Mehrwertsteuer**. Das Prestigeprojekt von Bundesrat Merz wird zurückgewiesen. Auch die EVP will den tieferen Tarif für Lebensmittel beibehalten.

Die EVP-Nationalrätinnen unterstützen die **Steuerbefreiung des Feuerwehrosoldes**. Die Bereitschaft, rund um die Uhr auf Pikett zu stehen und eine risikoreiche Arbeit zu verrichten, verdient Anerkennung.

Der Nationalrat lenkt beim **Zweitwohnungsbau** ein: die Kantone müssen Massnahmen für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Erst- und Zweitwohnungen ergreifen. Richtig, findet die EVP.

Geht es nach dem Ständerat müssen Firmen **Boni** über 3 Millionen Franken künftig versteuern.

TERMINE

- 22. Januar 2011 Fokustag «Jugendgewalt» in Olten
- 13. Februar 2011 Volksabstimmung
- 18. März 2011 Zentralvorstand (Ort offen)
- 19. März 2011 92. ordentliche Delegiertenversammlung der EVP Schweiz (Ort offen)
- 30. April 2011 KMU-Forum in Zürich
- 13. Mai 2011 Kantonalparteienkonferenz (Ort offen)
- 14. Mai 2011 Kadertag (Ort offen)
- 15. Mai 2011 Volksabstimmung

IMPRESSUM

**akzente: Publikationsorgan der EVP Schweiz. 18. Jahrgang, Nummer 1, Januar 2011**  
 Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.  
**Herausgeber:** EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, Fax 031 351 71 02, info@evp-  
 pev.ch, www.evpep.ch. Redaktion: Niklaus Hari. Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder.  
**An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:** Joel Blunier, Niklaus Hari, Maja Ingold, Peter Schächli, Rachel  
 Stoessel, Marianne Streiff, Heiner Studer, Lukas Zimmermann.  
**Druck und Vertrieb:** Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch.  
**Copyright:** Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

Anzeige

**EHE mit VISION**  
 Das besondere Wochenende  
**zu zweit**  
 2011

Echt  
 Persönlich  
 Ermutigend

Basel 16. - 17. April 2011  
 Emmetten 22. - 23. Oktober 2011

**FamilyLife**  
 INFO: [www.familylife.ch](http://www.familylife.ch)

## KURZ NOTIERT

### Wettbewerbs- gewinner 1. Ziehung

Die EVP hat bis und mit Nationalratswahlen einen grossen Wettbewerb am Laufen, der auch bei Standaktionen und auf Wahlflyern verwendet werden kann. In der ersten Ziehung haben gewonnen: Nicole Favre (Reisegutschein KULTOUR), Christina Stocker (Wellnesswochenende Hotel Hari Adelboden), Ramona Arnold (Wellnesswochenende Ländli) und Lukas Käser (Einkaufsgutschein PC- und Multimediashop PCP.CH).

### EVP erstmals in Wünnewil-Flamatt?

Die EVP Kanton Freiburg tritt erstmals ausserhalb von Murten zu den Gemeindewahlen an. Sie will im neuen Generalrat von Wünnewil-Flamatt Einsitz nehmen (Gemeindeparlament).

## AKW

# KERNKRAFT POLARISIERT

**Gleich in mehreren Kantonen nimmt die EVP zu neuen Kernkraftwerken Stellung. In der an Schwung zunehmenden Debatte muss die EVP ihre Position klären.**

(nh). Die AKW-Debatte nimmt Fahrt auf. Sowohl die Stromkonzerne wie die Gegner formieren sich. Die EVP hat gleich in mehreren Kantonen Gelegenheit zur Stellungnahme oder bringt sich aktiv ein.

So kann die Berner Bevölkerung am 13. Februar in einer Konsultativabstimmung über einen Ersatz des AKW Mühleberg am selben Standort befinden. Der Kantonalvorstand der EVP Kanton Bern hat am 6. Januar die Parole beschlossen.

Die EVP Kanton Thurgau ist Gründungsmitglied der Thurgauer Allianz «Nein-zu-neuen-AKW's.» Diese will neue Atomkraftwerke verhindern und ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle erst nach beschlossener Ausstieg aus der Kernenergie bauen.

Hingegen befürwortet die EVP Kanton Zürich den Bau eines Tiefenlagers für radioaktive Abfälle - unabhängig davon, ob weitere Kernkraftwerke gebaut werden oder nicht. Die heutige Generation müsse ihre Verantwortung für die bereits vorhandenen Abfälle und deren Lagerung wahrnehmen.

Das Schwerpunkteprogramm der EVP Schweiz beschränkt sich auf den einen Satz: «Die Kernenergie betrachten wir nur als eine Zwischenlösung.» In der jüngeren Vergangenheit hat die EVP eine Initiative für den Atomausstieg abgelehnt und einer Verlängerung des Moratoriums zugestimmt. Mit zunehmender Konkretisierung der Neubauprojekte wird die EVP ihre Position klären müssen.

## PERSONEN



### «Höchste» EVP-ler

**Roland Oppliger**, Co-Präsident der EVP Kanton Waadt, präsidiert bis im Sommer 2011 den Gemeinderat (Legislative) von Chéserey (im Bild).

**Philippe Schenkel** präsidiert im 2011 den Grossen Gemeinderat (GGR) von Lyss.

### Neu im Präsidium

#### EVP Kanton Schaffhausen:

Der bisherige Präsident Ruedi Flubacher und Hugo Bosshart teilen sich neu das Co-Präsidium der Kantonalpartei.

#### Regionalpartei Lenzburg:

Nach dem Rücktritt von Manfred Kiener präsidiert Christian Minder, Vorstandsmitglied der \*jevvp Schweiz, ad interim die Regionalpartei.

#### EVP Bassersdorf-Nürensdorf:

Edgar Urech tritt die Nachfolge von Gründungspräsident Frieder Schneider an.

#### EVP Leimental-Allschwil:

Daniel Kaderli aus Biel-Benken entlastet Kantonalpräsident und Landrat Urs von Bidder im Präsidium der Sektion im unteren Baselbiet.

### Bomio für Wenger

In Hasle übernimmt Enrico Bomio das Amt des zurückgetretenen EVP-Gemeinderats Hans Ulrich Wenger. Neben Enrico Bomio sitzt auch Ruedi Ritter für die EVP in der Exekutive.

### EVP-Schulrat in Wil

In Wil wird Stefan Wunderli mangels anderer Kandidaten mit 75% der Stimmen in den Schulrat gewählt (20%-Pensum).

## WAHLEN BERN

# EVP AUF KURS

**Die EVP Kanton Bern hat sich bei den Gemeindewahlen 2010 trotz starker Konkurrenz gut halten und auch einige Erfolge feiern können.**

(Iz). In **Lützelflüh** erzielt die EVP 19,5 % Stimmenanteil. Der bisherige Gemeinderat Beat Iseli wird glänzend wiedergewählt und amtiert ab 2011 als Gemeindepräsident.

Auch in **Melchnau** wird die bisherige Gemeinderätin Ursula Sutter glanzvoll in ihrem Amt bestätigt (EVP-Anteil 27,7 %).

Lorenz Kopp wird in **Steffisburg** als Gemeinderat bestätigt. Im Parlament verliert die EVP wegen der Wahlteilnahme von vier neuen Parteien leider zwei Sitze und ist neu mit Thomas Schweizer, Lukas Gyger und Margret Bachmann vertreten.

In **Reconvilier** wird Cornelia Vaucher in stiller Wahl Gemeinderätin (Exekutive). Sie folgt auf Tom Gerber, der auf eine erneute Kandidatur verzichtet hat.

In **Rüschelen** wird der bisherige

Gemeinderat Stefan Herrmann zum Gemeindepräsidenten gewählt.

Der EVP **Thun** reicht es fast zur Sensation. Ein Sitz in der fünfköpfigen Exekutive wird knapp verfehlt. Im Stadtparlament (5,2 %) ist die EVP auch in der neuen Legislatur mit Jürg Dällenbach und Jonas Baumann vertreten. **Moutier** wählt mit Manuel Gsteiger erstmals überhaupt einen EVP-Mann in das Stadtparlament.

In **Roggwil** reicht es nicht ganz für einen Sitz in der Bildungskommission. Die EVP erzielt 9,2 % der Stimmen.

Die erstmalige Gemeinderatswahlteilnahme in **Utzenstorf** führt leider nicht zum erhofften Überraschungserfolg. Bereits am 28. Januar wird aber die EVP Untere Emme gegründet. Die EVP Bätterkinden

will so mit EVP-lern aus den umliegenden Dörfern die Kräfte bündeln.

Bereits steht im Kanton Bern die nächste Wahl an: Marc Jost nimmt an der Ersatzwahl in den Ständerat teil. Sie wurde notwendig, nachdem Simonetta Sommaruga in den Bundesrat gewählt worden ist.



**Grossrat Marc Jost kandidiert für den Ständerat.**



## EVP SAGT JA ZUR WAFFENINITIATIVE

(nh). Unser Bild zeigt die DV der EVP Schweiz vom 20. November in der Orientierungsschule Murten. Auf Antrag von Parteipräsident Heiner Studer hat sie mit 83 zu 14 Stimmen die Ja-Parole zur Waffeninitiative beschlossen. 1,9 Millionen von 2,3 Millionen Schusswaffen in Schweizer Haushalten sind Armeewaffen – bei 200 000 Dienstpflichtigen. Das Hauptproblem sind also jene Gewehre und Pistolen, welche den Soldaten nach ihrem Ausscheiden

aus dem Militärdienst überlassen worden sind. Sie erfüllen keine militärische Aufgabe mehr, stellen aber nach wie vor ein Sicherheitsrisiko dar. Denn je mehr Schusswaffen herumliegen, desto eher kommt es im Affekt zu Tötungsdelikten und Suiziden (vgl. Artikel auf Seite 5).

Die Delegierten haben weiter die Geschäftsleitung der EVP beauftragt, eine Volksinitiative für eine eidgenössische Erbschafts- und Schenkungssteuer vorzubereiten

und dazu auch gleich die Eckdaten beschlossen (vgl. Artikel auf Seite 1). Das hat übrigens auch die Medien, insbesondere jene aus der Romandie interessiert. Radio und Fernsehen haben über das Vorhaben der EVP berichtet.

Eine Delegiertenversammlung ist eine gute Gelegenheit, die EVP besser kennen zu lernen. Die nächste findet am 19. März statt (Ort noch offen, Geschäfte vgl. untenstehende Einladung).

### EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 92. ordentlichen DV der EVP Schweiz am Samstag, 19. März 2011, 10.15 bis 16.00 Uhr, Ort noch offen.

1. Eröffnung der Tagung durch den Parteipräsidenten
2. Besinnliche Einleitung
3. Grussworte
4. Wahl der Stimmenzähler (Protokollprüfer)
5. Abstimmungsvorlagen  
Mittagessen
6. Bericht über die politische Lage (Parteipräsident Heiner Studer)
7. Bericht über das Parteileben (Generalsekretär Joel Blunier)
8. Zentralkasse: Jahresrechnung 2010
9. Zentralkasse: Voranschlag und Zentralbeitrag 2012
10. Schlusswort des Präsidenten

Ich melde mich für die DV vom 19. März 2011 an.  
(Webanmeldung möglich unter [www.evppev.ch](http://www.evppev.ch) > Termine)  
Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für \*jevvp-Mitglieder)

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse, Nummer: \_\_\_\_\_

PLZ und Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Einsenden bis am 14. März 2011 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7

### FOKUSTAG

#### «Jugend & Gewalt»

Für Kurzsentschlossene: am Samstag, den 22. Januar 2011 laden EVP und \*jevvp im Bahnhofbuffet Olten zum Fokustag «Jugend & Gewalt». Es referieren: Olivier Steiner, Soziologe und Jugendgewalt-Experte; Hans Melliger, Leiter der Jugendanwaltschaft des Kantons Aargau; Myriam Heidelberger Kaufmann, Geschäftsführerin Cevi Schweiz sowie Sara Fritz, Landrätin, Co-Präsidentin \*jevvp und Roman Rutz, Gemeinderat, Co-Präsident \*jevvp. Am Nachmittag sind Sie gefragt im interaktiven Austausch mit Praktikerinnen und Praktikern. Anmeldung unter [www.evppev.ch](http://www.evppev.ch) > Aktuell > Termine > Fokustag.